

„Nagasaki muss der letzte Ort sein,
der einen Atombombenabwurf erlitten hat.“
Tomohisa Taue, Bürgermeister von Nagasaki

Zynisches Feuerspiel

Der Atomwaffen-Verbotsvertrag und seine Konsequenzen auch für Deutschland

Im August 1945 verschwanden die beiden Städte Hiroshima und Nagasaki im Inferno der Atombomben. Mehr als 200.000 Menschen wurden durch die Angriffe getötet, Zehntausende starben an den Spätfolgen ihrer Verbrennungen, Verletzungen und der Radioaktivität.

Das Atomwaffenverbot schließt somit eine völkerrechtliche Lücke, die jahrzehntelang nicht überwunden werden konnte. Während biologische und chemische Waffen, Landminen und Streubomben international geächtet werden, waren Atomwaffen bis heute vom Völkerrecht geduldet. Die Atommächte gehen sogar so weit, in der gegenseitigen nuklearen Abschreckung eine Art Sicherheitsstrategie zu sehen.

Die Überlebenden dieser Angriffe eint seit 72 Jahren ein gemeinsames Ziel: Sie wollen noch in ihrer Lebenszeit eine Welt ohne Atomwaffen und atomare Bedrohung erreichen. Sie wollen, dass nachfolgende Generationen niemals wieder die Hölle auf Erden erleben müssen, die sie durchgemacht haben.

recht verstoßen. Der Vertrag bezieht sich in seiner Argumentation vor allem auf die nationalen und globalen Sicherheitsinteressen aller UN-Mitgliedsstaaten und ihrer Bevölkerungen.

Mit den universellen Menschenrechten nicht vereinbar

Doch Atomwaffen sind kein Garant von Stabilität und Frieden. Sie sind ein zynisches Spiel mit dem Feuer. Die Menschheit ist während der letzten 70 Jahre zu oft allein durch Glück und Zufall einem Atomkrieg entgangen. Und es sind heute gerade die Regionen, in denen sich Atomwaffenstaaten gegenüberstehen, die die größte Instabilität für den Weltfrieden bedeuten: die Konfrontation zwischen Russland und den Vereinigten Staaten in Osteuropa, das atomare Säbelrasseln zwischen Indien und Pakistan, der Stellvertreterkrieg in Syrien und der atomar eskalierte Dauerkonflikt zwischen Nordkorea und Amerika. Weltpolitische Stabilität lässt sich eben nicht durch die Drohung mit Massenvernichtungswaffen erzielen.

Der 72. Jahrestag von Hiroshima und Nagasaki ist für die Überlebenden ein besonderer, denn dieses Jahr sind sie ihrem Ziel einen großen Schritt nähergekommen: Am 7. Juli 2017 verabschiedeten 122 Staaten bei den Vereinten Nationen einen Vertrag zur völkerrechtlichen Ächtung von Atomwaffen. Sobald der Vertrag von mindestens 50 Staaten ratifiziert ist, werden Entwicklung, Herstellung, Lagerung, Weitergabe, Erwerb, Besitz, Testung und der Einsatz von Atomwaffen gegen das Völker-

So wird auch die Androhung eines Atomwaffenangriffs verboten und damit das Konzept der atomaren Abschreckung als klarer Völkerrechtsbruch definiert. Das Deutsche wie auch das Internationale Rote Kreuz begrüßten den Vertrag und bezeichneten ihn mit Blick auf die Einhaltung des humanitären Völkerrechts als wegweisend. Die Drohung, Zivilisten mit Massenvernichtungswaffen zu töten, ist mit den Genfer Konventionen, der Haager Landkriegsordnung und den universellen Menschenrechten nicht vereinbar.

Amerika, Großbritannien und Frankreich haben bereits erklärt, dass sie dem Vertrag nicht beitreten würden, da sie an der



NEW YORK: PROTEST GEGEN ATOMWAFFEN, JULI 2017

atomaren Abschreckung festhalten wollen. Alle neun Atomwaffenstaaten boykottierten die Verhandlungen zum Ächtungsvertrag. Vor allem die Vereinigten Staaten haben ihre Bündnispartner gedrängt, sich dem Boykott anzuschließen.

Auch Deutschland stellte sich auf Seiten der Atomwaffenbefürworter. Die Bundesrepublik erlaubt die Stationierung von 20 amerikanischen Atomwaffen in Büchel und lässt Luftwaffenpiloten den Abwurf von Atomwaffen über feindlichen Städten trainieren. Damit verstößt Deutschland schon heute gegen die Verpflichtungen des Atomwaffensperrvertrags. Die Zivilgesellschaft, die den Atomwaffen in Büchel ohnehin sehr kritisch gegenübersteht, wird sich durch den Vertrag ermutigt sehen, die Forderung nach einem Abzug der Massenvernichtungswaffen künftig vehementer zu vertreten.

Die Atomwaffenstaaten argumentieren gerne, dass der Vertrag politisch und militärisch folgenlos bleiben würde. Klar ist: Auch wenn es durch den Vertrag gelungen ist, den Stillstand in Sachen atomarer Abrüstung zu durchbrechen, wird durch die Ächtung allein kein einziger Atomsprenkopf verschwinden. Der Vertrag wird seine Wirkung erst langfristig entfalten – vor allem durch einen Paradig-

menwechsel in der globalen Sicherheitspolitik. Er verschiebt den Diskurs: weg von der kindischen Logik der gegenseitigen Auslöschung und Abschreckung hin zu einer reifen Auseinandersetzung mit den inakzeptablen und katastrophalen Folgen, die Atomwaffen für unseren Planeten und die Menschheit haben. Es wird künftig nicht mehr darüber geredet, wann ein Angriff mit atomaren Massenvernichtungswaffen gegen die Zivilbevölkerung gerechtfertigt wäre, sondern darüber, wie die Atomwaffen möglichst zügig abgeschafft werden können. Zudem erhöht der Vertrag den rechtlichen, politischen, moralischen, aber auch finanziellen Druck auf die Atomwaffenstaaten sowie Rüstungsfirmen und Banken, die an Atomwaffen verdienen.

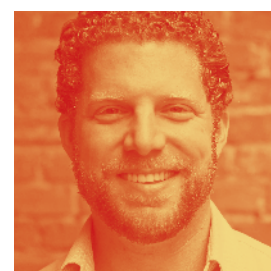
Ächtung als effektiver Schritt zur Abschaffung

Dass eine Ächtung ein effektiver Schritt zur Abschaffung einer Waffengattung ist, auch wenn die Waffenbesitzer zunächst nicht mit dabei sind, zeigt die völkerrechtliche Ächtung von Streubomben. Ein Land nach dem anderen hat diese Waffen aus ihrem Arsenal genommen – und sogar die Vereinigten Staaten, die das Abkommen nicht unterzeichnet haben, werden künftig auf Streubomben verzichten müssen, nachdem mit Textron Systems nun auch

der letzte Hersteller deren Produktion aufgrund von öffentlichem und finanziellem Druck einstellen musste. Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch bei der Ächtung von Chemiewaffen, Biowaffen oder Landminen beobachten.

Was die Abschaffung von Atomwaffen angeht, gibt es bereits seit Jahren reziproke Abrüstungsschritte zwischen Russland und den Vereinigten Staaten, etablierte Vertragshüter wie die IAEO und die CTBTO und praktikable, erprobte Verifikationsmechanismen. Der Weg von den derzeit 15.000 Atomwaffen hin zu dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt wird nicht einfach sein, aber durch den Ächtungsvertrag ist nun endlich ein klarer Kurs vorgegeben – 72 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki ein wahres Geschenk für die Überlebenden.

Der Artikel wurde zuerst am 6.8.2017 auf faz.net veröffentlicht.



Dr. Alex Rosen ist Vorsitzender der IPPNW Deutschland.